

Google is watching you

Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

Sie werden es in den vergangenen Wochen wahrscheinlich in den Medien verfolgt haben. Der Internetgigant Google startet seinen umstrittenen Dienst "Street View" jetzt auch in Deutschland. Das ist ein sehr interessantes Projekt, aber es wirft grundsätzliche Fragen zum Datenschutz und Persönlichkeitsrechten auf.

Das Problem besteht nicht unbedingt darin, dass wir in Zukunft das Haus unseres Nachbarn im Internet sehen können. Das Problem ist, dass Google unter Umständen auch weiß, was in dem Haus vor sich geht.

Google fotografiert nicht nur Straßen und Häuser, sondern sammelt auch eine Vielzahl personenbezogener Daten, die die Nutzer im Internet hinterlassen. Diese Daten kann Google jederzeit miteinander verknüpfen. Niemand weiß, was dann mit den Daten geschieht. Jeder Bürger und jede Bürgerin besitzt zwar das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, aber Google hat die Daten und die Möglichkeiten, um dies in unverantwortlicher Weise auszuhöhlen.

Hier bietet unser aktuelles Datenschutzrecht leider keinen ausreichenden Schutz. Bereits jetzt können alle Bürgerinnen und Bürger, die nicht wollen, dass ihr Haus bei Google gezeigt wird Widerspruch einlegen. Aber die Frist ist mit vier Wochen für den Interneteinspruch an Google nur unzureichend bemessen und gesetzliche Normierungen von Seiten der Bundesregierung fehlen.

In den Landkreisen Celle und Uelzen werden alle Häuser und Straßen ab dem Jahr 2012 bei Google Street View zu sehen sein. Wer nicht möchte, dass der eigene Wohnsitz von Google zur Besichtigung freigegeben wird, sollte rechtzeitig Widerspruch einlegen. Das gilt auch für Bilder vom eigenen PKW oder der eigenen Person. Die kommunalen Verwaltungen sollten sich an diesem Prozess beteiligen und ihre Bürger auf diese Möglichkeit hinweisen und geeignete Formular anbieten, insbesondere für diejenigen Personen, die keinen eigenen Internetanschluss haben.

Ein Widerspruch kann bei Google formlos unter den folgenden Adressen erhoben werden: Per E-Mail an streetview-deutschland@google.com oder per Post an: Google Germany GmbH, Betr. Street View, ABC-Straße 19, 20354 Hamburg. Ein Musterbrief für einen entsprechenden Widerspruch steht im Blog "Netzpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion zum Download bereit (<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik>). In Papierform ist er auch in den Wahlkreisbüros von Kirsten Lühmann erhältlich.

Ich kann Sie nur bitten: Denken Sie genau darüber nach, wie Sie mit ihren eigenen Daten umgehen. Denken Sie aber auch darüber nach, wie internationale profitorientierte Konzerne mit ihren Daten umgehen.

Ihre

